

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig.
Raben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag: C. F. W. Sittler, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringenlohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen monatlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 5,70 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Verlagszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltigen Zeilen zu 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinbarungen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 272

Dresden, Freitag den 22. November 1918.

29. Jahrg.

Unterschlagenes Friedensangebot?

Amerikanisches Friedensangebot im Jahre 1917.

Berlin, 22. November. Der bayerische Finanzminister Professor Jaffe übergibt dem Verl. Tagebl. folgende sensationelle Erklärung: Um keine Verdunkelung der Tatsachen eintreten zu lassen, erkläre ich hierdurch dem Berliner Tageblatt, daß ich persönlich im Spätherbst 1917 ein von dem Genf. Vertrauensmann des Völkervertrages übergebenes Friedensangebot der Vereinigten Staaten in die Hände des Unterstaatssekretärs v. d. Busche weitergeleitet habe. Dieser hat sich damals mir gegenüber verpflichtet, es dem Staatssekretär v. Kühlmann weiterzugeben. Einige Wochen danach ist ein entsprechendes Friedensangebot der Vereinigten Staaten an Oesterreich-Ungarn in die Hände des Grafen Czernin übergeben worden. Auf beide Angebote ist trotz mehrfachen Anfragen, die mit der Uebermittlung betrauten Personen weder von Deutschland noch von Oesterreich-Ungarn keine Antwort erfolgt.

Es muß scheinbar untersucht werden, was aus dem Friedensangebot damals geworden ist. Hat Herr v. d. Busche das Friedensangebot unterschlagen oder ist es infolge des Widerstands der Ludendorff und Konsorten erfolglos geblieben? Hier ist offenbar ein schweres Verbrechen am deutschen Volk verübt worden. Das deutsche Volk muß wissen, wer die Verbrecher waren.

Eine Verständigungsbasis.

Von Emil Rißke.

Das Verhalten der Unabhängigen im Landes- Arbeiter- und Soldatenrat, worüber wir gestern bereits berichtet haben, hat allerdings den Anschein erweckt, als wollten sie unter allen Umständen einen vollständigen Bruch mit der alten Partei herbeiführen, wenn es ihnen nicht gelingt, alles unter den Terrorismus ihrer Widerpart zu bringen. Daß sie am Dienstag die Landes-Zentrale in der bekannten Weise sprengten und so die Erledigung dringlicher Aufgaben unmöglich machten, ist offenbar auf diesen Grund zurückzuführen. Sie möchten ihre Herrschaft vorerst in der Partei und dadurch für das ganze Land etablieren und ihrem bekannten Aufrufe gemäß dann auch einen Verstoß gegen die Reichsregierung unternehmen, um dort ihren bolschewistischen Willkür ebenfalls Geltung zu verschaffen.

Sind unter solchen Umständen nicht alle weiteren Verständigungsversuche vergeblich? Wir müssen zugeben, daß sie sehr wenig Aussicht bieten würden, wenn wir allein mit dem hart vom Bolschewismus beeinflussten Unabhängigen bei uns, besonders der Leipziger Richtung, zu rechnen hätten. Wenn wir es in Sachen nun auch in erster Linie mit dieser Richtung zu tun haben, so wollen wir doch nicht übersehen, daß für die allgemeine Entscheidung doch auch der starke rechte Flügel der Unabhängigen in Betracht kommt, der seine Vertretung in der Reichsregierung hat, deren Politik seither entschieden gegen den Bolschewismus gerichtet war.

Andererseits haben uns gerade bestimmte Vorgänge in der ersten Sitzung des gesprungenen Arbeiter- und Soldatenrats gezeigt, daß die sachlichen Gegensätze unschwer überbrückt werden könnten, wenn nur der gute Wille dazu vorhanden wäre. Allerdings forderten auch in dieser Sitzung die Unabhängigen wiederum die Anerkennung einer Erklärung, die sich sachlich ziemlich mit jenem Satz in dem unglücklichen Aufrufe an das Volk deckte, worin von der Enttarnung die Rede ist; ja er war noch durch die Forderung nach sozialistischer Güterverteilung begleitet über keineswegs klar geworden. Denn was darunter verstanden werden sollte, war nicht mit einem Worte angedeutet. Daß damit eine rote Leitlinie befürwortet werden sollte, ist wohl auch den Leipziger Gruppenmitgliedern nicht zu träumen. Gemeingut kann mithin nicht sein, eine gerechte Verteilung des Arbeitsertrags und der Verbrauchsortikel auf Grund von Arbeitsleistung, Bedarf und Notwendigkeit nach Befriedigung des jetzigen Lohnsystems. Das ist ein sozialistisches Ziel, das aber erst nach der Verwirklichung von Grund und Boden, wie sonstige Produktionsmittel erreicht werden könnte. Das aber kann, wenn diese Umwandlung jetzt überhaupt in Angriff genommen wer-

den könnte, nur nach einem langen Entwicklungsprozeß erreicht werden. Darüber sind sich alle sozialistischen Schriftsteller einig.

Mit der sozialistischen Güterverteilung kann also nur auf ein noch fernes sozialistisches Ziel hingewiesen worden sein. Daß wir das Ziel mit diesem Endziel in diesen Stunden für ebenso notwendig halten wie jenen verhehlten Aufruf, versteht sich von selbst, braucht es aber nicht gerade tragisch zu nehmen.

Bietet dieses neue Herborstehen unzeitgemäßer Forderungen nichts weniger als neue Verständigungsmöglichkeiten, so erschien uns das bei einem kurzen Kommentar, den der Vorsitz der Leipziger Unabhängigen Enttarnungsfordernungen auf den Weg zu geben versuchte, der Fall zu sein. Er hob hervor, daß zur Durchführung revolutionärer Maßnahmen eine Enttarnung des Volkes großer Arbeitergesellschaften erforderlich sei, machte dann allerdings weitere Ausführungen, die offenbarten, daß er die Verstaatlichung von Besitz und die Sozialisierung der Betriebe nicht auseinanderzujubeln verstand. Doch wollen wir darauf zunächst kein Gewicht legen, es verdient aber beachtet zu werden, daß sich über Enttarnungen in dem oben erwähnten Umfang wohl eine Verständigung zwischen den beiden Richtungen erzielen ließe. Eine gewisse Begrenzung wäre dabei allerdings geboten; sie könnte gefunden werden, wenn man sich vorerst auf eine Verstaatlichung der Kohlengruben, der Kalkwerke, der Eisenwerke und des Großgrundbesitzes einigte, die schon deshalb wünschenswert erscheinen, um dem neuen Volkstaat in diesen Vermögensobjekten auch für kein Geldwesen einen Rückhalt zu geben und ihm durch eine Konzentration der Einnahmen zu sichern, die allein durch eine Verbesserung des Vermögens und der Einkommen nicht aufzubringen sind.

Natürlich wäre eine Sozialisierung der Betriebe auf dieser Grundlage noch nicht erreichbar, das würde aber auch bei weitergehenden Enttarnungen nicht zu verwirklichen sein, wenn man nicht den schärfsten Wirtwart nach russischem Vorbild und dadurch ein Scheitern der revolutionären Errungenschaften heraufbeschwören wollte. Das Lohnsystem und damit auch eine gewisse Ausdehnungsmöglichkeit würde auch in den verstaatlichten Betrieben und Beschäftigten weiter bestehen bleiben, könnte aber durch Einführung von Minimallöhnen, des Achtstundentages, weitgehende Arbeiterübergebe und die Sicherung eines maßgebenden Einflusses der Arbeiterräte in den Betrieben stark eingeschränkt und so den Arbeitern ein weit größerer Teil ihres Arbeitsertrags gesichert werden als bisher.

Wäre es möglich auf dieser Basis eine Verständigung zu erzielen, dann bliebe noch die Meinungsverschiedenheit über die Nationalversammlung. Hier geben wohl in Sachen zwischen den beiden Richtungen die Meinungen weit auseinander, weil hier die Unabhängigen von einer solchen überhaupt nichts wissen wollen. Anders steht es im Reiche, besonders in Berlin. Dort bestehen nur Meinungsverschiedenheiten über den Zeitpunkt. Sollte es nicht möglich sein, eine Verständigung auf der Basis herbeizuführen, daß die Nationalversammlung nach Durchführung bestimmter Maßnahmen zur Sicherung der revolutionären Errungenschaften, schließlich auch nach Durchführung gewisser Verstaatlichungen einberufen werden sollte? Das muß um so mehr zu erreichen sein, weil sozialistische Mehrheiten wohl in den allermeisten Nationalversammlungen zu erwarten wären, vor allem aber in Sachsen. Eine sächsische Nationalversammlung würde dem freibeiwilligen Ausbau der neuen Gesellschaft sicher keine Schwierigkeiten bereiten, wohl aber uns zu diesem Werke Erfahrung und Wissen zuführen, das uns dabei nur von Nutzen sein könnte.

Aus alledem ergibt sich, daß eine Verständigungsbasis und damit ein vereintes Zusammengehen der beiden Bruderrationen sowohl im sächsischen Landes- Arbeiter- und Soldatenrat als im allgemeinen zu erzielen wäre, wenn die andre Richtung nur dazu geneigt wäre. Die sachlichen Meinungsverschiedenheiten sind nicht so unüberwindlich; kommt es nicht zu einer leistungsfähigen Arbeitsgemeinschaft zwischen beiden Richtungen kann es nur am Willen liegen. Daß die alte Partei bereit ist, hat sie unabweisend gezeigt, wäre nur ein Teil dieser Bereitwilligkeit, durch gemeinsames Handeln die Revolution zu sichern, bei der Gegenseite vorhanden, dann würde morgen schon ein gedeihliches gemeinsames Arbeiten auch in Sachen möglich und dadurch ein großer Gewinn für den Aufbau der neuen freien Gesellschaft erreicht sein.

Ein neuer Protest der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 21. November. Der Vorsitzende der sächsischen Waffenstillstandskommission in Spaa, General v. Winterfeldt, hat gestern auf eine Reihe deutschseits vorgeschlagener Erleichterungen vom Marschall Foch folgende Antwort erhalten: Dem in Verle des Generalmajors v. Winterfeldt vom 19. November enthaltenen Forderungen bezüglich der militärischen Bedingungen (des Waffenstillstandes) kann keine Folge gegeben werden.

Daraufhin hat General v. Winterfeldt im Einverständnis mit dem Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, heute folgenden

Protest.

abgegeben:

Die Erleichterung der Waffenstillstandsbedingungen, die von der deutschen Waffenstillstandskommission in ihrer Note vom 18. d. M. unter eingehender Begründung angetragen worden war, ist vom Marschall Foch rundweg abgelehnt worden. Es bleiben daher Bedingungen in Kraft, wie sie in der Geschichte wohl noch nicht auferlegt worden sind. Ein ungeheures Heer von über drei Millionen Mann mit seinem komplizierten technischen Apparat soll in Gewissensbissen in unangenehmer Jahreszeit auf vielfach schlechten und geringen Wegen über die Leichen des Rheins in voller Ordnung geschleppt werden. Die Stillstandserklärung der Geleise, die von diesen Geleisen durchzogen werden, soll dabei vor jeder Beschädigung bewahrt bleiben. Gleichzeitig werden dem Heere gewaltige Transportmittel abgenommen. Ungeheures Kriegsmaterial und viele Tausende von Wollagen der verschiedensten Nationalitäten sollen ordnungsgemäß in sachlichen Behältern übergeben werden. Es darf an das unparlamentarische Urteil jedes erfahrenen Offiziers der Truppe und des Generalstabes appelliert werden, um zu entscheiden, ob eine derartige Leistung überhaupt im Bereiche der Möglichkeit liegt. Die Kriegsverhältnisse sind in dieser Beziehung später ein sehr detailliertes Urteil sprechen.

Nachdem somit eine Milderung der praktisch völlig unüberwindlichen Bedingungen abgelehnt worden ist, trotzdem die militärischen und politischen Verhältnisse, die zur Einstellung solcher Bedingungen geführt hatten, sich seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes von Grund auf verändert haben, kann nur angenommen werden, daß es die Absicht des Oberkommandos der Alliierten ist, noch während des Waffenstillstandes ein Heer von Millionen Mann zu vernichten, das während 50 Monaten gegen übermächtige Gegner unerschrocken Stand gehalten hat und dessen Front bei Einstellung der Feindseligkeiten nicht durchbrochen war. Tausende von tapferen Männern, die in Erfüllung ihrer Pflicht für ihr Vaterland gekämpft haben, werden infolge der aufgezwungenen Gewaltmäße als Opfer der Feindseligkeiten im Wege liegen bleiben oder noch kurz vor Erreichung der Heimat in Gefangenschaft geraten. Es darf wohl die Frage aufgeworfen werden, ob ein derartiges Ergebnis dem Sinne eines Waffenstillstandes entspricht, der doch den Zweck haben sollte, die Einstellung der Feindseligkeiten herbeizuführen, um einen Frieden der Würdigung und Gerechtigkeit anzubahnen, oder ob nicht vielmehr eine solche Erzwingung unmöglicher Bedingungen eine nutzlose Fortsetzung der Feindseligkeiten in besonders unerträglicher und unmenslicher Form darstellt. Daß durch die schamlose Ausbeutung der harten Waffenstillstandsbedingungen das deutsche Volk mit seinen Frauen und Kindern von

Anarchie und Hungersnot

bedroht werden wird, ist zu wiederholten Malen mit größtem Nachdruck hervorgehoben worden. Diese den Weibchen der Menschheit entsprechenden Verhältnisse scheinen keinerlei Beachtung gefunden zu haben. Unter solchen Umständen bleibt dem Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission nur übrig, noch einmal ausdrücklich zu erklären, daß Deutschland auch weiterhin alles tun wird, was in menschlichen Kräften steht, um das Waffenstillstandsabkommen gewissenhaft zu erfüllen, daß aber für eine geordnete und pünktliche Durchführung der erzwungenen Bedingungen keine Gewähr übernommen werden kann, und daß die Verantwortung für alle weiteren Folgen, die schließlich ihre Rückwirkung auf das ganze westliche Europa haben werden, feierlich und vor aller Welt abgelegt wird.

Deutsche Waffenstillstandskommission.
Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

Die Alliierten und die deutsche Lebensmittelversorgung.

Frankfurt, 21. November. Die Frankfurter Zeitung meldet aus dem Haag: Der Lebensmittelrat der alliierten Länder erklärt, daß er von einer Verteilung deutscher und dänischer Vorräte, monoch Deutschland demnach eine gewisse Menge Fett, Fleisch und Mais erhalten werde, nicht wisse. Das britische Lebensmittelamt erklärt, daß über eine derartige Anweisung für Deutschland mit dem Lebensmittelrat nicht verhandelt wurde, und daß keinerlei Vorräte nach Deutschland geschickt wurden, bevor der Rat genau wisse, wie die Verhältnisse in Deutschland liegen.